



Brüssel, den 24. Februar 2021
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2021/0048(NLE)**

6446/21
ADD 29

RECH 72
COMPET 123
IND 40
MI 105
SAN 82
TRANS 94
AVIATION 42
ENER 50
ENV 94
SOC 95
TELECOM 70
AGRI 79
SUSTDEV 22
REGIO 29
IA 22

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	23. Februar 2021
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	SWD(2021) 38 final - Part 8/9
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN BERICHT ÜBER DIE FOLGENABSCHÄTZUNG (ZUSAMMENFASSUNG) Begleitunterlage zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Gründung von gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“ Europäische Partnerschaft für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2021) 38 final - Part 8/9.

Anl.: SWD(2021) 38 final - Part 8/9

Brüssel, den 23.2.2021
SWD(2021) 38 final

PART 8/9

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
BERICHT ÜBER DIE FOLGENABSCHÄTZUNG (ZUSAMMENFASSUNG)

Begleitunterlage zum

**Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Gründung von gemeinsamen
Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“**

Europäische Partnerschaft für ein kreislaforientiertes biobasiertes Europa

{COM(2021) 87 final} - {SEC(2021) 100 final} - {SWD(2021) 37 final}

Zusammenfassung (höchstens 2 Seiten)
Folgenabschätzung zu einer europäischen Partnerschaft für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa
A. Handlungsbedarf
Worin besteht das Problem und warum muss ihm auf EU-Ebene begegnet werden?
<p>Es gibt sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Probleme, die gleichzeitig angegangen werden. Hauptproblem ist das „dreifache Defizit“ in Bezug auf Innovation, Markteinführung und Nachhaltigkeit. Aufgrund dessen sind Forschungs- und Innovationstätigkeiten in der EU nicht ausreichend integriert, was zu einem langsameren Innovationsprozess führt. Gleichzeitig können bestehende ausgereifte biobasierte Lösungen nicht die Märkte erreichen, und ihre ökologische Leistung wird nicht automatisch gewährleistet. Die wichtigsten wissenschaftlichen und technologischen Probleme, die mit der Initiative für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa angegangen werden, sind der Mangel an Forschung und Innovation, die unzureichende sektorübergreifende Zusammenarbeit und der unzureichende Wissenstransfer in Bezug auf nachhaltige und kreislauforientierte biobasierte Lösungen.</p>
Was soll erreicht werden?
<p>Das übergeordnete Ziel besteht darin, den gesellschaftlichen Wandel zu einer nachhaltigen biobasierten Wirtschaft voranzutreiben, indem Forschung und Innovation für nachhaltige und wettbewerbsfähige Lösungen intensiviert werden, damit das Kreislaufprinzip ausgebaut und die Nutzung von Biomasse, Reststoffen und Abfällen intensiviert wird. Außerdem soll bei der Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) und des europäischen Grünen Deals ein regionaler Ansatz verfolgt werden, um den Übergang zum Konzept des „gesunden Planeten“ zu beschleunigen. Die wissenschaftlichen Ziele bestehen darin, die Kapazität von Forschung und Innovation für kreislauforientierte biobasierte Lösungen zu verbessern, einen besseren Wissensaustausch innerhalb der bzw. zwischen den Wertschöpfungsketten und in ganz Europa sicherzustellen und Forschung und Innovation bei Nachhaltigkeitsfragen zu berücksichtigen. Indes bestehen die wirtschaftlichen Ziele darin, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen in diesem Sektor zu verbessern und dem Marktversagen der europäischen biobasierten Industrie entgegenzuwirken, indem Innovationen und neue Bioraffinerien in Europa erhalten bleiben. Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Zielen gehört es, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu leisten sowie die Kreislauffähigkeit des biobasierten Sektors und so seinen ökologischen Fußabdruck zu verbessern.</p>
Worin besteht der Mehrwert von Maßnahmen auf EU-Ebene (Subsidiarität)?
<p>Im Rahmen der Initiative werden Fachwissen und Technologien, die in den EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Wertschöpfungsketten zur Verfügung stehen, gebündelt, wodurch zusätzliche Synergien geschaffen werden. Projekte im Rahmen der Initiative für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa können mit nationalen Projekten und mit durch EU-Struktur- und -Regionalfonds geförderten Projekten kombiniert werden. Die Beseitigung der meisten Hindernisse für eine biobasierte Wirtschaft fällt nicht in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, sondern unterliegt vielmehr einer Regulierung auf EU-Ebene, z. B. in Bezug auf: Aspekte der nachhaltigen Versorgung mit Biomasse; Zugkraft des Marktes durch Zielvorgaben; die Standardisierung von Produkten; Kennzeichnung und eine umweltorientierte öffentliche Auftragsvergabe; ökologische Leistung. Ohne eine Intervention auf Unionsebene wären Maßnahmen auf nationaler Ebene unzureichend.</p>

B. Lösungen

Welche Optionen bestehen zum Erreichen der Ziele? Wird eine dieser Optionen bevorzugt? Falls nicht, warum nicht?

Die folgenden Optionen wurden als Mittel zur Unterstützung von Forschung und Innovation betrachtet:

- traditionelle Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Rahmenprogramms (Basisoption)
- eine ko-programmierte europäische Partnerschaft (Option 1)
- eine institutionelle europäische Partnerschaft gemäß Artikel 187 AEUV (Option 3)

Obwohl beide Optionen für eine Partnerschaft bessere Ergebnisse als herkömmliche Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit sich brächten, wäre eine institutionelle Partnerschaft (Option 3) besser als eine ko-programmierte Partnerschaft. Diese Option erzielte aufgrund der größeren potenziellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen und einer größeren Kohärenz mit externen Programmen die höchste Gesamtpunktzahl.

Option 3 wird aus folgenden Gründen bevorzugt:

- Mit ihr lassen sich die Programmziele wirksam erreichen, indem engagierte Partner aus der Industrie und andere Akteure (z. B. Mitgliedstaaten, Regionen, Hochschulen und Organisationen der Zivilgesellschaft) einbezogen werden, die nach einem geeigneten Governance-Modell zusammenarbeiten würden.
- Zudem sorgt sie für angemessene Transparenz und Offenheit bei der Auswahl der Prioritäten und Ziele und dafür, dass Partner und Interessenträger aus der gesamten Wertschöpfungskette, aus verschiedenen Sektoren und Fachbereichen und mit verschiedenen Hintergründen – darunter auch internationale Akteure – einbezogen werden (sofern dies zweckmäßig ist und die Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht beeinträchtigt wird).
- Ihre formalisierten Verfahren werden die Beteiligung von KMU sowie die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse ermöglichen.
- Überdies geht mit ihr ein hohes Maß an Zusätzlichkeit, d. h. ein hohes Potenzial für die Strukturierung der biobasierten Industrien, einher.
- Schließlich gewährleistet sie eine Ausrichtung, indem sie die Verpflichtungen der Partner zur Erfüllung spezifischer Ziele formalisiert, was letztlich dazu beitragen wird, hochrangige politische Ziele zu erreichen.
- Was die Finanzierung angeht, sind finanzielle Beiträge und/oder Sachbeiträge von Partnern außerhalb der EU in Höhe von 50 % bis 75 % des Gesamthaushalts der europäischen Partnerschaft ausgewiesen. Es wird erwartet, dass der Großteil der finanziellen Verpflichtungen in Form von Sachleistungen und – in geringerem Umfang – in Form von Finanzbeiträgen innerhalb von Projekten statt auf Programmebene erfolgen wird.
- Ihre Kohärenz und Synergien innerhalb der Forschungs- und Innovationslandschaft der EU werden durch förmliche Vereinbarungen zwischen der vorgeschlagenen Initiative und anderen Initiativen sowie durch die Festlegung einer ko-kreativen Agenda und das Engagement des Unterstützungsteams sichergestellt.

Welchen Standpunkt vertreten die verschiedenen Interessenträger? Wer unterstützt welche Option?

Die Mehrheit (mehr als 50 %) der Teilnehmer an der öffentlichen Konsultation gab an, dass viele der Ziele

der Partnerschaft von wesentlicher Bedeutung seien, insbesondere die Verwirklichung der Klimaziele der EU. Die Teilnehmer betrachteten die Entwicklung von Konsortien, europäischen Wertschöpfungsketten und Technologien als Vorteile, hielten jedoch den Verwaltungsaufwand für einen Nachteil. Als größtes Problem gilt die Innovationslücke der EU bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative kreislauforientierte biobasierte Produkte. Eine Mehrheit (mehr als 50 %) betrachtet die Einbindung der Industrie als äußerst zweckmäßig und Umfang und Geltungsbereich der Partnerschaft als angemessen. Während die meisten Interessenträger (54 %), die an der Konsultation teilnahmen, eine institutionelle Partnerschaft für die beste Lösung der Probleme halten, war die Befürwortung seitens der Bürger geringer.

C. Auswirkungen der bevorzugten Option

Worin bestehen die Vorteile der bevorzugten Option bzw. der wichtigsten Optionen?

Alle Akteure der biobasierten Wirtschaft können in **wirtschaftlicher Hinsicht** profitieren, was eine ausgewogene regionale/lokale Entwicklung ermöglicht. Primärerzeuger von Biomasse dürften ein höheres und sichereres Einkommen erzielen, auch in benachteiligten Regionen. Weitere Vorteile sind ein Wachstum für KMU, eine stärkere Hebelwirkung von Investitionen für Bioraffinerien und ihre Wirtschaftsteilnehmer (Akteure der Industrie) sowie das Engagement und die Zusagen aller Akteure auf lange Sicht. Gemeinden und Regionen dürften durch die biologische Abfallentsorgung Kosteneinsparungen erzielen.

Für die **Gesellschaft** dürfte sich der Zugang zu innovativen biobasierten Lösungen und deren Verbreitung in Europa verbessern, und lokale/regionale Gemeinschaften dürften in die Lage versetzt werden, ihre natürlichen Ressourcen zu verwalten. Gleichzeitig dürfte eine neue lokale/regionale Produktionsbasis geschaffen (oder besser umgestellt) werden. Marktakteure wie Markeninhaber und Verbraucher werden Zugang zu nachhaltigeren Produkten erhalten.

Am wichtigsten jedoch sind die **ökologischen Auswirkungen**. Die nachhaltigere Herstellung und Verarbeitung von Biomasse und die Nutzung von Bioabfall als Rohstoff wird die CO₂-Emissionen senken und dazu beitragen, Konflikte mit der Lebensmittelerzeugung, die übermäßige Extraktion von Biomasse und nicht nachhaltige Flächennutzungsänderungen zu vermeiden. Dies wird helfen, Ökosysteme und Artenvielfalt zu bewahren und wiederherzustellen. Die Herstellung im geschlossenen Kreislauf und die Aufwertung von Bioabfall werden die Kreislauforientierung erhöhen. Die Partnerschaft für ein kreislauforientiertes biobasiertes Europa wird die Ressourceneffizienz von Wertschöpfungsketten verbessern, z. B. durch die Rückgewinnung von Nährstoffen für die Land- und Forstwirtschaft aus Abfallströmen (auch Abwasser) und landwirtschaftlichen Reststoffen.

Welche Kosten sind mit der bevorzugten Option (bzw. den wichtigsten Optionen) verbunden?

Da Option 3 auf der bestehenden Struktur der biobasierten Industriezweige aufbauen würde, würden für die Dauer der Initiative die laufenden Kosten des Büros eines gemeinsamen Unternehmens anfallen. Dies würde 30 Mio. EUR an Verwaltungskosten für die Unternehmen und den gleichen Betrag für die EU mit sich bringen. Dies entspricht 1-2 % der Gesamtkosten der Initiative. Diese Kosten werden weitgehend durch die vorgenannten Vorteile ausgeglichen, insbesondere durch die Hebelwirkung der Kofinanzierung, um den zur Umsetzung der ehrgeizigen Ziele erforderlichen Ressourcenumfang zu erreichen.

Es werden keine negativen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen oder Befolgungskosten erwartet.

Worin bestehen die Auswirkungen auf KMU und die Wettbewerbsfähigkeit?

Es werden keine negativen Auswirkungen auf KMU und die Wettbewerbsfähigkeit erwartet. Alle Auswirkungen dürften positiv sein. Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit dem Gemeinsamen

Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (starke Beteiligung von KMU an Projekten, einschließlich ihrer Koordinierung) schneidet Option 3 mit Blick auf diesen Aspekt sehr gut ab.
Hat die Initiative nennenswerte Auswirkungen auf die nationalen Haushalte und Behörden?
Es sind keine Auswirkungen auf die nationalen Haushalte und Verwaltungen oder Umsetzungsschwierigkeiten zu erwarten.
Wird es andere nennenswerte Auswirkungen geben?
Nein, siehe hierzu die vorstehenden Ausführungen.
Verhältnismäßigkeit
Die bevorzugte Option schafft alle Voraussetzungen, die zur Erreichung der Ziele erforderlich sind, und geht nicht über das zur Lösung des Problems erforderliche Maß hinaus.
D. Folgemaßnahmen
Wann wird die Maßnahme überprüft?
Im Einklang mit dem in der Verordnung über „Horizont Europa“ festgelegten Zeitplan wird die Zwischenevaluierung spätestens vier Jahre nach Beginn der Initiative und die Abschlussevaluierung spätestens vier Jahre nach deren Ende durchgeführt.